

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat Dr. Hermann EHLERS-Präsident des Deutschen Bundestages-Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Dr. Robert TILLMANN, M.D.B.-Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

1. Jahrgang - Nummer 2

Bonn - im April 1953

I N H A L T

EINE ERWIDERUNG AN PRÄSES D. WILM von Dr. Hermann Ehlers.....S.	1
DIE BEKENNTNISSCHULE DES UNGLAUBENS Erlebnisbericht eines Flüchtlings.....S.	6
OHNE KOMMENTAR.....S.	10
UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE FLÜCHTLINGSJUGEND.....S.	11
EVANGELISCHE AUFGABEN UND BESCHWERDEN IN BAYERN.....S.	13
ES GIBT NUR EINE EINZIGE GERECHTIGKEIT Französische Stimme zum Oradour-Prozess.....S.	15
NACHRICHTEN.....S.	17
UNS WIRD GESCHRIEBEN.....S.	19

"NEIN, NEIN UND NOCHMALS NEIN!"

Eine Erwiderung an Präses D. Wilm von Dr. Hermann Ehlers

"Die Stimme der Gemeinde", Schriftleiter Pastor Herbert Mochalski, verbreitet in einem Sonderdruck einen Aufsatz von Präses D. Wilm unter der Überschrift "Du sollst nicht töten". Ich bin mit der biblischen Auslegung dieses Wortes ebenso einverstanden wie mit dem Hinweis auf die grauenhaften Erfahrungen, die wir im Hinblick auf den Mord an Juden und Geisteskranken gemacht haben. Ich unterscheide mich von Präses D. Wilm auch nicht in der For-

derung, dass die Sätze, die in der Bergpredigt stehen, nicht nur das private Leben angehen, sondern dass sie auch in das Leben der Völker übersetzt werden müssten. Und schliesslich bin ich auch einverstanden mit der Forderung, dass die Kirche in der Auslegung dieses Gebots nicht mehr "stottern" dürfe.

D. Wilm fragt: "Warum reden wir mit Verachtung über den Pazifisten? Warum reden wir so schnell mit Verachtung von dem, der da sagt: 'Krieg darf nicht sein'?" Gegen wen richtet sich diese Frage? Ich habe in Amsterdam auf der Weltkirchenkonferenz mitgesagt: "Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein!" und bleibe dabei. Ich habe nicht mit Verachtung über den Pazifisten geredet, aber ich habe auch gelesen, dass Karl Barth - dem D. Wilm näher steht als ich - geschrieben hat: "Sie - die radikale Kriegsdienstverweigerung - würde aber auch sachlich dann auf einem Irrtum beruhen, wenn sie in einer prinzipiellen Ablehnung des Krieges, wenn sie in jenem ethischen Absolutismus der radikalen Pazifisten begründet sein sollte. Sie wäre dann ebenso eine Auflehnung gegen Gottes Gebot wie eine Bejahung des Krieges und wie jede Beteiligung daran, die auf einem prinzipiellen Militarismus beruhen sollte: auf jenem Aberglauben an die Unvermeidlichkeit des Krieges, auf seinem Verständnis als Element der göttlichen Weltordnung, als Wesenselement des Staates." Die Frage nach dem Pazifismus kann also offenbar nicht ganz so einfach beantwortet werden, wie es in dem Aufsatz von Präses D. Wilm geschieht.

Aber nun muss doch deutlich geredet werden. D. Wilm schreibt: "Uns interessiert nur, was geschehen kann, dass kein Krieg kommt. Und er meint, wir sollten gar nicht mehr darüber diskutieren, ob es einen Verteidigungskrieg gebe, sondern wir sollten nur darüber reden, was geschehen könne, dass kein Krieg kommt. Ich bin gern damit einverstanden, dass wir so reden; aber nun möchten wir doch hören, was Präses D. Wilm denn zu tun vorschlägt, damit kein Krieg kommt. Er fordert, die Kirche solle nicht mehr so schnell den Krieg bejahen, wie sie es bis dahin getan habe. Er meint, wir müssten hundertmal zum Kriege Nein gesagt haben, ehe wir nur einmal Ja sagen könnten, und erklärt: "Wenn wir uns jetzt

nicht als Christen in allem, was wir an dieser Frage 'Krieg' gelernt haben, nun wirklich neu rufen lassen und Nein, Nein und nochmals Nein sagen, dann werden wir in dieser Stunde unsere Verantwortung nicht erfüllen."

Dieses Nein im gegenwärtigen Augenblick ist für D. Wilm nun nicht das wiederholte Nein zum Kriege überhaupt, es ist, auch wenn er es in seinem Artikel nicht ganz deutlich werden lässt, das Nein zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und zum Vertragswerk von Bonn und Paris. Es mag aussichtslos sein, es noch einmal zu sagen - aber ich fühle mich verpflichtet, es immer wieder auszusprechen, dass es eine gefährliche Verkürzung der Beweisführung ist, wenn der Regierung, die dieses Vertragswerk unterzeichnet hat, und den Politikern, die es vertreten, stets von neuem einfach unterstellt wird, sie sprächen leichtfertig vom Krieg und bezögen ihn in ihre Überlegungen verantwortungslos ein. Präses D. Wilm hat dafür keinerlei Beweise, aber er und andere tun so, als ob die Verträge Krieg bedeuteten und als ob diejenigen, die solche Verträge bejahten, den Krieg wollten oder zumindest für tragbar hielten.

Es würde sehr zur Entgiftung der Atmosphäre im kirchlichen und politischen Raum beitragen, wenn solche Darstellungen einmal aufhörten. Man braucht uns die Schrecken des Krieges nicht immer wieder auszumalen; wir haben ihn nicht weniger erlebt als D. Wilm, wir verabscheuen ihn in gleicher Weise und auch wir wollen alles tun, um ihn nicht wieder über unser Volk kommen zu lassen.

Aber damit stehen wir vor der Frage: Wie erreichen wir dieses Ziel? Dadurch, dass wir für uns den Krieg ächten, sicher nicht! Das haben schon einmal Regierungen und Völker getan, ohne dass sie damit den nächsten verhindert haben. Dadurch, dass wir hundertmal Nein sagen, leider auch nicht; es sind schon oft Kriege gerade über die gekommen, die Nein sagten und sich damit für geschützt hielten.

Kriege vermeiden wir - soweit das überhaupt in der Hand von

Menschen liegt - dadurch, dass wir die tatsächlich vorhandene politische Lage erkennen und die ihr gemässen politischen Entscheidungen treffen. Alles Neinsagen hilft uns über die Erkenntnis nicht hinweg, dass wir in Deutschland und in Europa in einer bedrohten politischen Situation leben. Auch Präses D. Wilm weiss das, es klingt aber nur zaghaft hindurch, wenn er schreibt: "Hiermit will ich nun nicht sagen, dass niemals ein Volk vor die Stunde gestellt werden könnte, wo es sich wirklich verteidigen muss." Oder: "Ich halte es auch für durchaus möglich, dass ich einem, der vor dieser Frage steht, in einem Grenzfall sagen könnte: Du musst jetzt so handeln und Soldat werden, es gibt keinen anderen Weg."

Dieser Bedrohung, in der wir stehen und die durch ganz bestimmte Ereignisse im Osten Deutschlands in den letzten Wochen nur unterstrichen wird, allein mit der Erklärung zu begegnen: "Wir wollen keinen Krieg, darum Nein, Nein und nochmals Nein!", wäre eine an den Tatsachen vorbeigehende Politik. Es wäre auch keine christlich verantwortbare Politik, denn wir sind in den letzten Jahren mehrfach von Theologen mit Recht darauf hingewiesen worden, dass Nüchternheit, Sachlichkeit und Sachgemässheit theologische Begriffe sind.

Vor einer Bedrohung schützt man sich nicht mit Worten, sondern mit Tatsachen. Die politische Tatsache, die wir erstreben, ist die Herstellung der uneingeschränkten Befugnis Deutschlands, bei den internationalen Verhandlungen und Abmachungen mitzuwirken und mit zu entscheiden. Die militärische Tatsache, die wir wollen, ist die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsmacht, die es den Bedrohern nicht mehr ratsam erscheinen lässt, ihre Politik mit den Mitteln militärischer Gewalt voranzutreiben. Man sage nicht, dass dies Krieg bedeute. Das Zeitalter Bismarks beweist, dass aus politischer und militärischer Stärke der Friede und nicht der Krieg geboren wird, wenn die politischen Mächte willens und stark genug sind, das herbeizuführen. Ich kann Präses D. Wilm und seinen Gesinnungsfreunden den Vorwurf nicht ersparen, dass sie mit ihrer Polemik gegen die die Politik der Bundesregie-

rung tragenden Kräfte die Konsolidierung einer staatlichen Gewalt, die genug Autorität und Durchsetzungsvermögen nach innen und aussen hat, gefährden. Damit beeinträchtigen sie aber auch die Möglichkeit, in Europa und in Deutschland den Frieden zu sichern. Wenn man sich allerdings nicht mehr glaubt, dass man hier wie dort den Frieden will, dann ist jedes Gespräch aussichtslos!

Und ein Letztes: D. Wilm beanstandet meine Ausführungen zur Frage der Kriegsdienstverweigerung in der Wehrdebatte vom Dezember vorigen Jahres. Er sagt, auch ich müsste als evangelischer Christ darum wissen, dass keinem gesagt werden könne: Hier hat jetzt der Bundestag entschieden, hier hat jetzt die Regierung entschieden, Du brauchst Dich nicht mehr zu entscheiden. Ich habe das nicht gesagt, ja, ich habe genau das Gegenteil ausgesprochen, nämlich: "Ich möchte für mich jedenfalls nicht behaupten, dass ich irgend jemandem diese Entscheidung abnehmen könnte." Es ist nicht gut, dass Präses D. Wilm hier gegen Ausführungen polemisiert, die nicht gemacht wurden! Ich habe nicht einmal bestritten, was D. Wilm vertritt: dass die Kriegsdienstverweigerung eine Entscheidung für das Volk sein kann. Aber ich habe erklärt, dass diese Entscheidung nicht vom isolierten Einzelmenschen getroffen werden könne, und hinzugefügt: "Der Mensch hat eine Verantwortung zu tragen auch für die anderen, auch für den Staat, auch für den Nächsten." Dabei bleibe ich; und mit dem "Nein, Nein, Nein!", wie Präses D. Wilm es begründet, ist diese Verantwortung meines Erachtens nicht hinreichend wahrgenommen. Ich zitiere wieder aus meiner Rede vom Dezember: "Man kann nicht, indem man von diesen Dingen redet, den Eindruck erwecken wollen, dass es in Ost und West die gleichen Probleme gebe, den Eindruck, dass man im Augenblick nichts anderes zu tun habe, als den unterdrückten Menschen im Westen davor zu schützen, dass dieser Staat und dieses Parlament sein Gewissen knebelt und ihn zum Wehrdienst presst. Wer das tut, gibt den Menschen, die in einer ernsten inneren Not sind, eine unzureichende Weisung und einen falschen Ratschlag." "Nein, Nein und nochmals Nein!" - das ist ein solcher falscher Ratschlag!

DIE BEKENNTNISSCHULE DES UNGLAUBENS

Erlebnisbericht eines Flüchtlings

Atheismus als Staatsphilosophie, Atheismus als staatliches Erziehungsziel mit den Mitteln der Gewalt durchzusetzen - das ist das Ergebnis der kommunistischen Politik in der Sowjet-Union und in allen Volksdemokratien, einschliesslich der Sowjetzone Deutschlands.

Erschütternde Beispiele von Gewissensnot

habe ich erlebt, als ich in den letzten Jahren durch die Sowjetzone reiste:

Der Schulrat eines sächsischen Kreises, Ende Zwanzig, Mitglied der SED und FDJ, vor der Bezirkslehrerkonferenz: "Ein Lehrer, der an Christus und Wunder glaubt, steckt in einem ideologischen Sumpf und ist untragbar."

Ein evangelischer Lehrer im Erzgebirge in einer Versammlung von CDU-Lehrern: "Der Schüler S. hat mich gefragt, ob es einen Gott gibt, Vater und Mutter haben Ja gesagt, der Schulleiter Nein. Was soll ich antworten? Wenn ich die Frage bejahe, verstosse ich gegen die Verordnung, die mich zwingt, den dialektischen Materialismus im Unterricht anzuwenden. Soll ich meine Existenz aufs Spiel setzen? Oder soll ich offen nach meinem Gewissen sprechen? Unsere Lage ist ausweglos."

Eine vierzehnjährige Schülerin bei der katholischen Jugend in Dresden: "Stalin lehrt: die Welt bewegt sich nach den Gesetzen der ewigen Materie; sie bedarf keines Weltgeistes. Was soll ich meinem Lehrer antworten, wenn ich nicht aus der Oberschule herausfliegen will?"

Ein Arbeiter im evangelischen Männerwerk in Dresden: "Wir dürfen einfach nicht widersprechen, wenn wir innerbetriebliche Schulung haben. Jede Woche dasselbe. Zur Politik müssen wir Ja sagen; aber den Materialismus will man uns ausserdem aufzwingen."

Für einen Christen wird es von Tag zu Tag unerträglicher."

Eine katholische Kindergärtnerin in Ostberlin: "Wir lernen: es gibt keinen Gott und keine Seele; die Materie ist ewig und allmächtig. Das sollen wir schon im Kindergarten den Kleinsten beibringen."

Das sind nur 5 Beispiele von Hunderten, die ich berichten könnte. Nicht die täglichen Stromsperrern, nicht der Mangel an Fett und hochwertigen Nahrungsmitteln, nicht der ständig sinkende Lebensstandard, nicht die materielle und gesundheitliche Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten durch die volkseigene Wirtschaft - alles das ist nicht die schlimmste Not der Deutschen in der Sowjetzone.

Tausendmal schlimmer ist die seelische Not!

Gewissensnot der Lehrer, Gewissensnot der Eltern, Gewissensnot der Jugend; Gewissensnot für alle denkenden Menschen, nicht bloss für die Christen, sondern ebenso für die Liberalen und Sozialdemokraten: Moskau zwingt den Stalinismus auf; Moskau knechtet die Freiheit des Gewissens.

Das ist die schwerste Last unserer Brüder und Schwestern in der Sowjetzone. So drückend ist diese Last, dass sie keinen echten Frohsinn mehr aufkommen lässt. Deshalb empfindet man alle geselligen Veranstaltungen als Krampf. Selbst im engsten Familien- oder Freundeskreise gibt es keine ungezwungene Feier, bei der man nicht fühlt oder ausspricht: "Es geht nicht mehr, wir können nicht mehr echt froh sein, wir machen uns bloss etwas vor." Und warum? Weil keiner die Gewissensnot, den seelischen Druck und die Angst ausschalten kann; weil die teuflische Fratze der kommunistischen Diktatur überall hindurchleuchtet, Schrecken und Lähmung verbreitend.

Der dialektische Materialismus Stalins

ist theoretisch die weltanschauliche Grundlage der Kommunistischen Partei und somit auch der SED. In der Praxis ist er viel

mehr: nicht nur Parteiphilosophie, sondern Staatsphilosophie.

Die Weltanschauung einer verschwindenden Minderheit wurde durchgesetzt kraft der Macht der errichteten Diktatur, gestützt auf die Bajonette und Konzentrationslager der sowjetischen Besatzungsmacht. Andersdenkende wurden totgeschwiegen, lächerlich gemacht, verleumdet, bespitzelt, beschimpft, verdächtigt, verdrängt, ja, existentiell oder physisch vernichtet.

Der gesamte Schul- und Hochschulunterricht wurde auf die Grundlage des Stalinschen dialektischen Materialismus gestellt. Die Lehrer der Sowjetzone müssen laut Verordnung Stalins dialektischen Materialismus im gesamten Unterricht anwenden. Sie haben z.B. ihren Schülern klarzumachen, "dass die Schöpfungsgeschichte als unwissenschaftlicher Erklärungsversuch für die Entstehung des Lebens abzulehnen ist." Im 1. Lehrbrief für das Fernstudium der Biologie heisst es: "...Ausserdem schmuggeln die verfaulenden Ausbeuterklassen....bewusst den philosophischen Idealismus und das Pfaffentum in die Spezialzweige der Wissenschaft, ferner kirchliche Dogmen von der göttlichen Schöpfung und der prinzipiellen Unerforschlichkeit der Natur. Mittels der scholastischen Philosophie unterdrückten die herrschenden Klassen andere Theorien...." Studenten und Schüler müssen das im Sinne des Stalinismus Gebotene ebenso stalinistisch wiedergeben. Vorträge, Aufsätze, Diktate; Mathematik und Leibesübungen, Sprachen, Chemie, Physik: kurz, alles atmet - muss atmen den Geist Stalins. Der dialektische Materialismus Stalins gilt und wird hingestellt als die fortschrittlichste wissenschaftliche Weltanschauung aller Zeiten. "Wir lernen vom grossen Stalin", "Wir grüssen den weisen Stalin, den besten Freund der Kinder", "Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist" - so lesen wir es auf Tausenden riesiger Plakate, die an Universitäten, Schulen und Kindergärten angebracht sind.

Das atheistische Schulungssystem

Wen aber trifft diese materialistische, atheistische Schulung? Den Studenten an der Universität ebenso wie das nicht-schul-

pflichtige Kinder im Kindergarten; Berufsschüler, Oberschüler, Volksschüler; Professoren und Lehrer - sie alle müssen diesen Materialismus lernen und lehren. Die Lehrlingsausbildung in den Betrieben ist materialistisch auszurichten. Materialismus ist Prüfungsgegenstand. In den Verwaltungen und volkseigenen Betrieben gibt es die innerbetriebliche Schulung, und diese ist materialistisch. Ob Ärzte oder Schwestern, Direktoren oder Stenotypistinnen, Regierungsräte oder Büroangestellte: für alle ist Teilnahme Pflicht. Teilnahme heisst aber nicht bloss dabei sitzen, sondern bedeutet: fragen und gefragt werden, lernen und abgehört werden, Referate halten, Stellung nehmen, Arbeiten schreiben. Dasselbe Bild ergibt sich bei den gewerkschaftlichen Schulungen oder in der Volkshochschule.

Die ganze Sowjetzone ist eine einzige materialistische, atheistische Zwangs-Konfessionsschule. Nur wer gerissen ist, kann in diesem Gestrüpp von Zwang, Druck und Bespitzelung ausweichen; nur wer innerlich gefestigt ist, kann in diesem wissenschaftlich getarnten Trommelfeuer des Unglaubens seinen Glauben bewahren, sein Gewissen reinhalten. Schwer ist die verantwortungsvolle Aufgabe der Kirche und der Eltern und Erzieher, die Christen sind.

Diese kommunistische Diktatur in Politik und Weltanschauung ist auch das Ziel der Machthaber des Ostens, wenn sie von Freiheit und Frieden für Gesamtdeutschland reden.

Alle diejenigen, die jahrelang in den Oststaaten und in der Sowjetzone die politische Entwicklung persönlich erlebt haben, die nicht bloss die Theorie des Kommunismus kennen, sondern seine Praxis am eigenen Leibe erfahren haben - sie wissen, dass der dialektische Materialismus Stalins totalitär ist und sich stets totalitär auswirkt. Eine andere Taktik darf nie über das wahre Ziel hinwegtäuschen, das Unfreiheit und Terror ist, geistige Knechtschaft und Tod für jede echte Religion. Der Westen sei auf der Hut vor den Satten und Gleichgültigen,

vor den Egoisten und Phantasten, die die Gefahr des Kommunismus nicht sehen, falsch einschätzen und heraufbeschwören!

OHNE KOMMENTAR....

In der "Leipziger Volkszeitung" (SED),
Nr. 43 vom 20.2.1953, lesen wir:

"Wie allen bekannt ist, haben wir jetzt schon in den Dörfern Kindergärten. Sie sind dazu da, dass sich die Frauen der Industriearbeiter und der Bauern dem Aufbau widmen. Aber die Anweisung lautet nun, dass wir die Kinder erst schicken können, wenn sie 'stubenrein' sind, d.h. von 3 Jahren ab, wenn sie nicht mehr in die Hose machen. Das geht nicht! Wir brauchen die Kraft jeder Bäuerin. In unseren Kindergärten müssen recht bald Krabbelstuben eingerichtet werden, die die Bäuerinnen entlasten!"

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung"
berichtet in ihrer Ausgabe vom 25.3.1953:

"Zwischen dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Oberhaupt der Kirchenprovinz Sachsen, Bischof D. Müller, ist es wegen angeblich 'unhaltbarer Zustände' in einer Anstalt der Inneren Mission in Magdeburg-Cracau, den Pfeifferschen Stiftungen, zu einer ernststen Kontroverse gekommen. Das Organ der Freien Deutschen Jugend, die 'Junge Welt', hat die Behauptung aufgestellt, in den Anstalten werde die politische Betätigung der Jugendlichen innerhalb der FDJ brutal unterdrückt. Demgegenüber sei die Arbeit der 'Jungen Gemeinde' gefördert worden. In einem Schreiben an die Regierung der Sowjetzone war gefordert worden, die Einrichtungen der Stiftung zu überprüfen. Bischof D. Müller hatte dagegen in einem Schreiben an die FDJ erklärt, die Anbringung von Fahnen und Bildern von Stalin und Pieck in den Räumen des Stiftes, sowie die Verteilung von Luftgewehren an einige Insassen des Heimes stellten einen schweren Eingriff in die Rechte der Heimleitung dar. Der christliche Charakter des Hauses könne unter diesen Umständen nicht gewahrt bleiben.

In der Sonntagsausgabe der 'Jungen Welt' antwortete der Zentralrat: Bischof D. Müller und die anderen Verantwortlichen der Kirchenleitung in Sachsen sollten entsprechend den Gesetzen der Sowjetzone zur Verantwortung gezogen, die Stiftung aufgelöst und in staatliche Hände überführt werden."

Der "Evangelische Pressedienst"
meldet am 24.3.1953:

"In dem dritten Pfarrerprozess, der in diesem Jahr in der Sow-

jetzzone stattfand, ist der Pastor der evangelischen Gemeinde Lohmen im Kreise Güstrow, Brandt, wegen angeblicher staatsfeindlicher Äusserungen zu 6 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Vermögensentzug verurteilt worden. Der Verurteilung des Ende Januar Verhafteten, der sich in seiner Gemeinde hoher Wertschätzung erfreute, gingen heftige Angriffe der Presse der Sowjetzone und Demonstrationen voraus.

Im Zusammenhang damit war von dem mecklenburgischen Organ der Sozialistischen Einheitspartei auch der Güstrower Landessuperintendent Siegert angegriffen worden, weil er die 'Unverfrorenheit' besessen habe, der Gemeinde Lohmen Grüsse ihres Pfarrers aus der Haft zu überbringen und sie zu bitten, für ihn zu beten."

"Die Welt" teilt in ihrer
Ausgabe vom 27.3.1953 mit:

"Wegen 'staatsfeindlicher' Äusserungen von der Kanzel hat das Bezirksgericht in Frankfurt an der Oder den brandenburgischen Pfarrer Gestrich zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei weitere Pfarrer, ein Theologieprofessor und ein Diakon warten noch auf ihre Aburteilung."

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE FLÜCHTLINGSJUGEND

Die deutsche Öffentlichkeit nimmt, ebenso wie die Organe des Bundes und der Länder, seit Monaten lebhaften Anteil am Schicksal der Menschen, die Tag für Tag zu Tausenden aus der Sowjetzone nach Berlin und dem Westen flüchten. Dennoch sind wir allzu leicht geneigt, uns für das Schicksal dieser jüngsten Opfer der östlichen Unterdrückung nur solange zu interessieren, wie sie in den Auffanglagern unserer unmittelbaren materiellen Hilfe bedürfen.

Um diejenigen, die das Lager verlassen und in der Bundesrepublik einen Arbeitsplatz gefunden haben, glauben wir nur zu schnell, uns - wenigstens "von amtswegen" - nicht weiter kümmern zu müssen; und doch bedürfen gerade sie unserer ganz besonderen Hilfe und Anteilnahme. Denn auch wenn es gelungen ist, einen Arbeitsplatz für sie zu beschaffen, erfordert die Eingewöhnung in gänz-

lich veränderte Lebensverhältnisse von ihnen so viel Kraft und Geduld, dass sie vielfach allein damit nicht fertig werden können. Das gilt in besonderem Masse für die Jugend, deren Weg wir gerade dann mit Verständnis und Hilfsbereitschaft verfolgen müssen, wenn sie die Lager verlassen hat und an so vielen Stellen auf Härte und Verständnislosigkeit stösst.

Wie gross unsere Verantwortung diesen jungen Menschen gegenüber ist, zeigen einige Briefe, die wir der Zeitschrift "Die Brücke" des Jugendsozialwerks Esslingen entnehmen und die ein erschütterndes Bild von der Situation der Flüchtlingsjugend in der Landarbeit geben:

So schreibt Heinz E. aus H.: "Leider habe ich noch nie einen Bauernhof von innen gesehen und kann mir bei vielen Arbeiten nicht selbst helfen. Ob ich nun Mist oder Asche schaufele, der Bauer steht immer höhnisch lächelnd vor allen Leuten daneben: 'Kerl, nicht einmal die Schaufel richtig voll machen, wenn man nicht aufpasst, wie Du arbeitest.' Dass ich mich aber schon mit einer flachen Schaufel abplage, will nicht in seinen Kopf hinein. Pferde anschirren hat er mir dreimal gezeigt, nun soll es bei mir genau so schnell gehen wie bei ihm, wo er die Arbeit schon ein Leben lang macht. Er stellt sich daneben hin: 'Schneller, schneller, bist Du ein bisschen dumm?!' Ich bin dadurch dermassen durchgedreht, dass ich alles durcheinander bringe. Ich leide schon an Verfolgungswahn. Ich gebe selbst zu, dass ich nicht das richtige Geschick zum Landwirt habe, in acht Tagen kann man sich nicht von einem Verwaltungsangestellten zu einem hundertprozentigen Landarbeiter umstellen. 'Dummer Hund' und ähnliche vornehme Schimpfwörter höre ich stündlich. Er fühlt sich, da er mir im Kuhstall und an der Jauchepumpe durch jahrelange Praxis und Erfahrung überlegen ist, auch geistig haushoch überlegen. Es ist für einen einigermaßen zivilisierten Menschen die grösste Qual, die es gibt, sich von einem Bauern dauernd anpöbeln und verdummen zu lassen und diesen Reden preisgegeben zu sein. Ich habe mich in die Rolle eines Dummen völlig hineingelebt. Wenn er mich für dumm erklärt, ist es das beste, ruhig zu sein, damit er denkt, dass ich es selber glaube. Irgendwelche Verteidigung legt er mit lautem Gebrüll als Mangel an Erziehung und freches Benehmen aus. Ich kann diesen Zustand nicht mehr länger aushalten, jeder Tag macht mich nervöser. Dieses Ausgeliefertsein ohne Papiere! Ich bitte Sie, geht es nicht zu machen, dass ich schon früher wegkomme. Ich kann diese dauernden Demütigungen nicht mehr ertragen. Das ist kein Leben mehr, das ist ein tägliches Hinquälen. Helfen Sie mir hier heraus!"

H.E. schreibt aus A.: "....Mein Leben auf dem Hof hier fällt mir schon bedeutend leichter, ich habe mich daran gewöhnt, dass ein Ostflüchtling nur ein halber Mensch ist, ausgemistet werden darf und nichts zu verlangen hat. Bei meinem Nachdenken bin ich jetzt oft so weit, dass ich tief bereue, gegen den Bolschewismus gearbeitet zu haben. Wäre ich im Osten geblieben und hätte zu allem Ja gesagt,

wäre ich zwar nie glücklich oder zufrieden geworden, aber ich hätte Möglichkeiten gefunden, mich zu betäuben. Auf die Dauer wäre das zwar nichts gewesen, aber an eine Zukunft glaube ich nicht mehr, und die Gegenwart ist hoffnungslos trübe für mich..."

H.K. schreibt aus B. am 27.10.1952: "...Heute schreibe ich einen meiner letzten Briefe an Sie. Sie werden wohl denken, ich sei verrückt geworden. Das ist aber nicht so. Der Weg, den ich gehen will, ist das Ergebnis einer langen Überlegung. Seit Wochen bekomme ich keine Post mehr, weder von Ihnen, noch von zu Hause, niemand will etwas von mir wissen. Das soll kein Vorwurf sein. Ich weiss, dass Sie, zumindest in einer Beziehung, sehr enttäuscht sind.... Es ist aber doch nicht so einfach, wenn man plötzlich feststellen muss, dass man bis vor kurzem ein Träumer war, der glaubte, wenn man sich recht und schlecht durchs Leben schlägt, käme man am weitesten. Nur der kommt durch die Welt, der betrügen und andere ausnutzen kann. Leider liegt mir das nicht, und so bleibt mir nur der Weg, mit allem Schluss zu machen. Ich werde zur Fremdenlegion gehen, und zwar im November. Ich mache mir keine Illusionen. Ich weiss genau, was mir bevorsteht. Seit Wochen liegen mir drei Kameraden in den Ohren, mit ihnen zu gehen. Ich habe mich gestraubt. Als sie mir vorwarfen, ich sei feige, sagte ich ihnen, gerade s i e seien feige, denn sie gingen dem wirklichen Lebenskampf aus dem Wege. Heute habe ich ihnen gesagt, dass ich mitmache...."

Wir haben den vorstehenden Beitrag verschiedenen massgeblichen Stellen (u.a. dem Bundesministerium für Vertriebene, den Landesflüchtlingsverwaltungen der westdeutschen Länder und dem Heimatlosenjugendlagerdienst des CVJM) mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Die eingehenden Antworten werden wir in unserer nächsten Ausgabe veröffentlichen. Die Red.

D. MEISER: "MIT EINEM RUF ZUR POLITISCHEN ASKESE IST ES NICHT GETAN"

Evangelische Aufgaben und Beschwerden in Bayern

Auf der Synode der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern, die in Ansbach tagte, hat Landesbischof D. Meiser bedeutsame Ausführungen über Recht und Grenzen der staatlichen Autorität gemacht. Er erklärte u.a.: "Mit einem Ruf zur politischen Askese und zur unpolitischen Haltung ist es nicht getan. Gott hat uns nicht in die Welt hineingestellt, dass wir sie fliehen, sondern dass wir

uns in ihr bewähren. " Weiterhin warnte der Landesbischof davor, in der Kritik am Staat soweit zu gehen, dass sie jede positive Würdigung des Staates vermissen lasse. Er sagte: "Darum können wir denen nicht beipflichten, die durch die herabsetzende Art ihrer Kritik das Ansehen der Obrigkeit und die Autorität des Staates zerstören und die Obrigkeit auch da bekämpfen, wo sie nur ihr gottgegebenes Amt verwaltet. Es hat sich im Dritten Reich gezeigt: Wer eine Autorität zerstört, zerstört alle anderen Autoritäten mit. Die Dinge liegen heute nicht anders. Dafür einzutreten, nicht nur dass Recht Recht bleibt, sondern auch dass Autorität Autorität bleibt, sehe ich heute als einen besonders wichtigen Beitrag an, den wir Christen und den die Kirche für die Gestaltung des politischen Lebens zu leisten haben."

Gerade auf dem Hintergrund dieser klar umrissenen Einstellung zu Staat hat die von D. Meiser bei der gleichen Gelegenheit vorgebrachte Kritik an der Behandlung der Evangelischen Kirche in Bayern ihr besonderes Gewicht, weil sie nicht einer negativen, sondern einer positiven Haltung zum Staat entspringt. D. Meiser wies darauf hin, dass es im evangelischen Lager Misstrauen erregen müsse, wenn bis zur Stunde nicht ein einziger evangelischer Minister in das bayrische Kabinett aufgenommen wurde. Er beanstandete weiter, dass in offiziellen Verlautbarungen vom bayrischen Volk so gesprochen wird, als gehörten nicht auch erhebliche evangelische Teile dazu.

Die Entgegnung der bayrischen Regierung, dass zwei sozialistische Minister und fünf Staatssekretäre evangelisch seien, hat die Evangelische Kirche in Bayern mit der Erklärung beantwortet, der Landesbischof habe nicht von den Staatssekretären gesprochen, von der Zugehörigkeit zweier Minister zur evangelisch-lutherischen Kirche aber sei ihr nichts bekannt.

Uns geht es bei dieser Frage auch nicht um die sozialistischen Minister, sondern um die der CSU angehörigen. Es ist nun einmal nicht zu übersehen, dass von den etwa 9,3 Millionen Einwohnern

Bayerns 2,4 Millionen, d.h. mehr als ein Viertel, evangelischen Bekenntnisses sind. Dabei sind die Regierungsbezirke Oberfranken zu 53 % und Mittelfranken zu 61 % evangelisch. Man mag sich erinnern, dass neben einigen oberbayrischen katholischen Kreisen die evangelischen Bezirke um Rothenburg o.d.r. bei der Volkszählung 1939 diejenigen waren, die die geringsten Zahlen von "Gottgläubigen" aufwiesen, also dem nationalsozialistischen Ansturm gegen den Glauben am wenigstens nachgegeben hatten. Es wäre wirklich gut, wenn innerhalb der CDU, bei der Auswahl der Minister und der Kandidaten für die Parlamente, diesem Zustand Rechnung getragen würde.

Allerdings muss dann auch das andere gesagt werden: Möglich ist das nur, wenn die von D. Meiser sehr klar vorangestellte Mahnung, als Christ in der Politik zu stehen, von den evangelischen Menschen beherzigt würde. Es ist eine undurchführbare Sache, einerseits gegenüber jeder politischen Verantwortung in einer mehr als kritischen Zurückhaltung zu verharren und andererseits die hinreichende Berücksichtigung des evangelischen Einflusses zu fordern. Hoffen wir, dass die Mahnung D. Meisers nach beiden Seiten hin ihre Früchte trägt.

ES GIBT NUR EINE EINZIGE GERECHTIGKEIT

Die protestantische französische Wochenzeitung "REFORME" richtete in ihrer Ausgabe vom 28.2.1953 an Staatspräsident Vincent Auriol ein offenes Gnadengesuch für die im Oradour-Prozess verurteilten deutschen Gefangenen, dessen Übersetzung wir nachstehend im vollen Wortlaut wiedergeben:

"Das Elsass, in dem 130 000 Soldaten zwangsweise einberufen wurden, 40 000 sich durch Flucht der Einberufung entzogen, das Land, das 20 000 Flüchtlinge aus der deutschen Armee, 28 500 Gefallene und 11 500 Vermisste zählte, dieses Elsass hatte, wenigstens in-

soweit, als es durch seine Abgeordneten und die Presse vertreten wird, sein Schicksal von dem der 12 im Prozess von Bordeaux Angeklagten abhängig gemacht.

Das französische Parlament hat in einer Sitzung, deren Debatte nach einstimmigem Urteil einen würdevollen Charakter trug - wir dürfen hier vielleicht gewisse Einschränkungen machen - ein Amnestiegesetz für die elsässischen Angeklagten verabschiedet, und zwar im Namen der 'einen und unteilbaren Republik'. Sagen wir trotz aller sentimentalischen Ergüsse besser: aus politischer Notwendigkeit.

Stellen wir also der Milde nichts in den Weg. Die Toten von Oradour brauchen nicht das Blut von Henkers Hand. Für ihren ewigen Frieden genügt das Blut Jesu Christi. Die Lebenden aber mögen sich, so hat sie das ankommen könnte, daran erinnern, dass Gott allein die Rache gehört.

Und die verurteilten Deutschen? 'Eine schöne Gerechtigkeit, die durch einen Fluss begrenzt wird', selbst, wenn es sich um den Rhein handelt.

Es gibt nur eine einzige Gerechtigkeit. Sie ist eine überzeitliche Wahrheit, die ernster, sinnvoller und wichtiger für den Menschen ist als die Einheit der Vierten Republik. Die Gerechtigkeit muss für Deutsche und Franzosen das gleiche Gewicht haben.

Weil das Recht universell ist und über allen Grenzen, Nationalität und über unseren Streitereien steht, weil die Verantwortung immer eine persönliche, aufs engste mit dem einzelnen Menschen verbunden ist, richten wir an den Staatspräsidenten eine Bitte (ohne dabei auch nur irgendwie von einer Akzeptierung der furchtbaren Nazi-ideologie die Rede sein könnte - Ob wohl 12 Kugeln im Leibe des Feldwebels Lenz den Nazismus zu töten vermögen?-). Wir bitten den Staatspräsidenten Vincent Auriol respektvoll aber inständig, er möge hinsichtlich der im Oradour-Prozess verurteilten Deutschen nach Prüfung der Anklagen gegen sie von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen. Waren sie nicht am Ende alle in die SS-Division "Das Reich" 'von amtswegen' eingegliedert?"

NACHRICHTEN

Tagung des Evgl. Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein

(Eig.Ber.) Nach vorbereitenden Besprechungen in kleinerem Kreise trat der Evangelische Arbeitskreis der schleswig-holsteinischen CDU am 28. März in Rendsburg zum erstenmal vor eine grössere Öffentlichkeit. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Bundestagspräsident Dr. Ehlers, sprach zunächst am Vormittag vor etwa 50 Mitarbeitern und Freunden über die Aufgaben des Arbeitskreises. Er schlug vor, den vorgesehenen Namen "Union und Kirche" nicht beizubehalten, da es dem Arbeitskreis nicht in erster Linie um die Abgrenzung gegenüber den katholischen Gliedern der Union gehe, sondern um die innere evangelische Fundierung der politischen Verantwortung.

Nach einer lebhaften Aussprache versammelten sich am Nachmittag mehr als 500 Personen im Konventgarten in Rendsburg. Trotz des, insbesondere für die Pastoren, ungünstigen Termins am Sonnabend vor Palmareum waren überraschend viele Mitglieder der CDU und Gäste der Einladung gefolgt, unter ihnen Bischof D. Pautke, Lübeck, mit einigen Mitarbeitern, 9 schleswig-holsteinische Präpste und mehr als 50 Pastoren, die Landesminister der CDU, Dr. Dr. Pagel, Sieh und Böhrnsen, sowie Laien, unter ihnen auch Herzog Friedrich von Mecklenburg. Dr. Ehlers sprach über die "Evangelische Verantwortung" in der Politik und gab dabei einen Überblick über die Konkretisierung dieser Verantwortung in der aktuellen politischen Entscheidung. Weiterhin hielten Kurzreferate Prof. Beyer, Flensburg, über die Frage eines evangelischen Nachwuchses für die Politik und Propst D. Asmussen, Kiel, über die Möglichkeiten der politischen Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen in der Politik. Er stellte dazu klare Thesen auf, die wir unseren Lesern in der nächsten Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" bringen werden.

Der Evangelische Arbeitskreis, der unter Leitung von Oberbürgermeister z. Wv. Sievers steht, will seine Arbeit durch Zusammenkünfte der an seinen Zielen Anteil nehmenden Menschen in den einzelnen Kreisen intensivieren und unterbauen.

Gemeinsames Vorgehen mit evangelischen Christen gefordert

(KNA) In einer im Anschluss an die Tagung der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands in Fulda veröffentlichten Erklärung zur kommenden Bundestagswahl heisst es: "Unsere Aufgabe muss es sein, die Gleichgültigen aufzurütteln und die Sorglosen über die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung aufzuklären." Die katholischen Männer fordern die evangelischen und katholischen Christen auf, ihre Zusammenarbeit in der Politik nicht zerstören zu lassen. Jedes Misstrauen zwischen beiden Lagern müsse

im Keim ersticken und die "blumigen Versuche" der SPD zunichtegemacht werden, die sich im Gegensatz zu ihrem praktischen Verhalten als "auch religiös" empfehle.

Religion ist keine Privatsache

(epd) Der Satz "Religion ist Privatsache" sei ein typischer Ausdruck des spätbürgerlichen Missverständnisses der Kirche, erklärte Landesbischof D. Lilje (Hannover) in einem Vortrag über "Die Autorität der Kirche im öffentlichen Leben", den er vor der Vereinigung der Freunde evangelischer Akademie-Arbeit in Düsseldorf hielt. Wie eine gesunde Kirche nicht nur aus Theologen bestehen könnte, so könnte auch der Staat nicht die Summe einiger Parlamentarier, die Politik nicht das Reservat weniger Experten sein. Dieser Vorstellung nachzugeben, sei eine gefährliche geistige Degenerationerscheinung. Besonders den Christen sei es weder erlaubt, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, noch sich daraus verdrängen zu lassen. Die Auslegung der Lehre Luthers von den beiden Reichen habe hier viel Verwirrung gestiftet. Es müsse Klarheit darüber bestehen, dass Gott in keinem Bezirk "das Kommando abgetreten" habe. Alle Gebote hätten öffentliche Bedeutung. Von diesen Voraussetzungen aus aber müsse es selbstverständlich auch den Christen als Staatsmann geben.

Gewissen und Ermessen in der politischen Entscheidung

(epd) "Wie verhalten sich in den politischen Entscheidungen des Christen Gewissen und Ermessen zueinander?" - diese Frage behandelte der nach Münster berufene Professor Dr. Ernst Kinder in einem Vortrag über "Die politische Verantwortung des Christen", den er auf einer Missionstagung in Neuendettelsau hielt. Unter Gewissen, so legte Professor Kinder dar, kann nur das an Gottes Wort gebundene Gewissen im Sinne Luthers verstanden werden. Unter Ermessen ist die Anwendung von Vernunft und Sachkenntnis zu verstehen, ohne dass es aus dem Rahmen des christlichen Gewissens herausfällt. Politische Entscheidungen können nicht wie Rezepte aus der Bibel herausgelesen werden, sie sind aber auch nicht Angelegenheiten ausserhalb des Machtbereiches Christi. In jeder politischen Entscheidung müssen Gewissen und Ermessen zu einem persönlichen Handeln des einzelnen Christen "eingeschmolzen" werden. Professor Kinder sprach sich mit Nachdruck dafür aus, dass lutherische Christen politische Verantwortung übernehmen und nach bestem Wissen und Gewissen politisch handeln, auch wenn sie dafür oft in manche Konflikte gestellt werden.

Evangelischer Volksdienst nicht mehr Partei

(epd) Nach einer Rücksprache mit Landesbischof D. Meiser und Oberkirchenrat Hans Schmidt hat der Arbeitskreis des Evangelischen Volksdienstes durch einstimmigen Beschluss seine Tätigkeit

als Partei eingestellt und wird künftig die Arbeit im Sinne der Evangelischen Wählergemeinschaft auf Landesbasis fortsetzen. Für die Bundestagswahl steht deshalb die Bindung des Evangelischen Volksdienstes an eine einzelne Partei nicht mehr zur Diskussion; dagegen sollen evangelische Kandidaten mehrerer Parteien empfohlen werden.

UNS WIRD GESCHRIEBEN :

Aus der grossen Anzahl Zuschriften, die uns nach Erscheinen der ersten Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" erreicht haben, stellen wir hier einige Auszüge zur Diskussion. Die Red.

Weshalb erst heute? - Weshalb gerade heute?

"Für die Zustellung der "Evangelischen Verantwortung" danke ich Ihnen und hätte sie auch weiterhin gern gesehen. Grundsätzlich muss ich Ihnen dazu sagen:

1. Weshalb erst heute? Wieviel bewusste Konfessionspolitik seit 1949 hätte auf dieser Ebene besprochen und beansprucht werden können. Hier muss also von einem Versagen der evangelischen leitenden Persönlichkeiten in der CDU gesprochen werden.
2. Weshalb gerade heute? Für den Tatsachenmenschen gibt es nur eine Antwort: Weil die Wahl bevorsteht! Damit wird aber zweifelhaft, ob es Ihnen um eine konkrete evangelische Konzeption im politischen Raum geht. Und das ist sehr traurig."

Pfarrer K. Heinrich Mann, Wiesloch b. Heidelberg

Problem der Arbeitslosigkeit

"Ich habe es dankbar begrüsst, als heute die "Evangelische Verantwortung" als Drucksache zu mir kam. Ich hoffe, damit ein Sprachrohr gefunden zu haben, durch das die evangelische Stimme im Raum des Politischen zu Gehör kommen kann. Ich benutze die Gelegenheit, um gleich ein Problem anzuschneiden, das mir seit langem auf der Seele brennt:

Es handelt sich um das Problem der Arbeitslosigkeit. Ich habe den Eindruck, dass keine Seite sich eigentlich so recht getraut, dieses heisse Eisen anzufassen. Es ist in der Tat ein heisses Eisen. Denn, um es kurz zu sagen: nur ein Teil der bestehenden Arbeits-

losigkeit ist 'echt'. Ich wohne in einem ausgesprochen ländlichen Kreis. Dass es, besonders im Sommer, eine derartige Unzahl von Arbeitslosen gibt, und zwar solchen, die schon seit Jahren 'stempeln', ist eine Sache, die einem Menschen mit gesundem Verstand und ein bisschen Verantwortung einfach nicht einleuchten will. Damit wir uns richtig verstehen: wer gern arbeiten möchte, aber keine Arbeit finden kann, der soll und muss unterstützt werden, damit er und seine Familie leben können. Wer aber nicht arbeiten will, der soll auch, wie die Bibel sagt, nicht essen! Tatsache ist, dass die Landwirtschaft im Sommer nach Arbeitskräften schreit, dass die Ernte teilweise nicht rechtzeitig eingebracht werden kann; Tatsache ist ferner, dass gerade hier in dieser Gegend die Landstrassen teilweise in einem katastrophalen Zustand sind und nur unter Lebensgefahr befahren werden können. Die Arbeit schreit förmlich zum Himmel. Aber einmal gibt es offenbar kein Zwangsmittel, um in Notzeiten alle Kräfte für Notstandsarbeiten freizustellen. Andererseits merkt man nichts von einer staatlichen Initiative, um dringende Ausbesserungsarbeiten vornehmen zu lassen. Von einer christlichen Ethik her wäre unbedingt zu fordern, dass bei der Fülle der vorliegenden Arbeiten nur solche Arbeitslose unterstützt werden, die wirklich keine Beschäftigung finden können, und dass alle anderen - ohne Rücksicht auf ihre bisherige Beschäftigung - gezwungen werden, ihren Unterstützungsbetrag abzarbeiten. Ich will Ihnen einen besonders krassen Fall anführen, der sich neulich hier zugetragen hat: Ein Arzt kommt in eine Gastwirtschaft, in der gerade die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung stattgefunden hat. Dort sitzt ein Arbeitsloser, den er kürzlich behandelt hatte. Der Arbeitslose lädt ihn zu einer Flasche Wein ein. Der Arzt lehnt ab mit dem Hinweis, er solle das Geld lieber zu seiner Familie bringen. Darauf der Arbeitslose: 'Meine Familie braucht keine Not zu leiden. Wir haben eine kleine Wirtschaft, von der wir gut leben können. Dies hier ist mein Taschengeld, mit dem ich machen kann, was ich will!'

Ein Kommentar dürfte sich erübrigen...."

Pastor Koch, Kirchboitzen über Walsrode

Gedanken zur Seelsorge in künftigen deutschen Streitkräften

"Vor einigen Tagen erhielt ich Nr. 1 der "Politischen Briefe", die ich mit grosser Freude gelesen habe....Besonders hat mich der Beitrag des Grafen Baudissin interessiert, der u.a. eine Frage behandelt, die mich seit zwei Jahren stark beschäftigt und mir besonders am Herzen liegt, nämlich die Frage der Seelsorge in künftigen deutschen Streitkräften....

Ich möchte heute zu zwei Punkten der Ausführungen des Grafen Baudissin einige Gedanken äussern:

1. Graf Baudissin schreibt zu der Gestaltung der Seelsorge: 'Für die Seelsorge soll keine "Wehrkirche" mit lebenslänglich beamteten Geis-

lichen geschaffen werden, sondern die Kirchen werden - so ist es jedenfalls geplant - Pfarrer im Wechsel für eine bestimmte Zeit zum Dienst in den Streitkräften beurlauben.'

Ich sehe in diesem Plan gewisse Schwierigkeiten, die sich für die Seelsorge im Ganzen nachteilig auswirken müssen. Wir haben im Bundesgebiet nicht weniger als 12 evangelische Landeskirchen mit verschiedenem Gepräge; und zwar sind die Verschiedenheiten nicht nur äusserlich, sondern noch mehr innerlich. Es gibt leider - um nur eines herauszugreifen - in den evangelischen Kirchen viele Gläubige, die es ablehnen, mit evangelischen Christen eines anderen Bekenntnisses zusammen zum Heiligen Abendmahl zu gehen. Solche bekenntnismässigen Unterschiede würden durch den vorliegenden Plan auch in die Reihen der neuen Streitkräfte getragen werden. Wäre das nicht ähnlich, als wenn man etwa in Bayern andere Ausbildungs Vorschriften anwenden würde als in Hamburg oder Nordrhein-Westfalen? Müssen wir nicht vielmehr in künftigen deutschen Streitkräften alles vermeiden, was zu Verschiedenheiten und damit zu 'Differenzen' führen könnte?

2. Graf Baudissin sagt dann in seinem Beitrag weiter: 'Die Landeskirchen tragen natürlich durch ihre personellen Vorschläge eine ganz erhebliche Mitverantwortung an Gestaltung und Wert der späteren Seelsorge.'

Das ist selbstverständlich absolut richtig. Aber in diesem Verfahren liegt eben wieder eine grosse Gefahr. Die überwiegende Mehrzahl der evangelischen Landesbischöfe pp. hat zweifellos ihre Verantwortung bei der Frage der Eingliederung Deutschlands in Europa richtig erkannt. Wie ist es jedoch, wenn der Landesbischof oder Kirchenpräsident einer Landeskirche aus seiner pazifistischen Einstellung heraus ein grundsätzlicher Gegner jeder 'Wiederbewaffnung' - oder noch schöner gesagt 'Remilitarisierung' - Deutschlands ist? Würde er sich nicht - wie dies bereits bei den Arbeitseinheiten geschehen - weigern, Geistliche zum Dienst in den Streitkräften zu beurlauben, oder diesen Geistlichen doch derartige Schwierigkeiten machen, dass ihnen ein solcher Dienst unmöglich wird? Müssen Geistliche nicht in erhebliche Gewissenskonflikte kommen, wenn sie von ihrer Kirchenleitung Weisungen für ihr Amt erhalten, die sie nach ihrem eigenen Gewissen nicht durchführen können? Die Katholische Kirche hat es in dieser Hinsicht jedenfalls viel leichter.

Auf alle Fälle muss bei der obersten Leitung künftiger deutscher Streitkräfte (Verteidigungs-Ministerium) eine Stelle geschaffen werden, die alle Fragen der Soldatenseelsorge zentral lenkt.

Wir wollen doch erreichen, dass jeder deutsche Soldat, wenn er nach Ableistung seiner Dienstzeit entlassen wird, nicht auf diese Zeit schimpft, sondern eine Quelle freudiger Erinnerungen mit nach Hause nimmt. Dazu kann die Seelsorge erheblich beitragen."

Pfarrer Hans Dingeldey, Laufenselden i. T.

Bekenntnis zum Bruder

"Sie fordern uns auf, Diskussionsbeiträge einzusenden. Als Pastor scheint mir, es gäbe kein wichtigeres politisches Faktum als dies, dass wir in Deutschland ein wahres und klares Bekenntnis zum Bruder finden, auch wenn er zur anderen Konfession gehört. Seitdem es in Deutschland zwei Konfessionen gibt, ist diese Forderung noch nie so dringlich gewesen wie heute.

Unser Bekenntnis zum Bruder muss wahr sein. Wir können nicht verschweigen, dass Vieles zwischen uns steht. Die Unterschiede zwischen den Katholiken und Evangelischen sind nicht erledigt. Um die Jahrhundertwende konnte man unter dem Einfluss des Liberalismus vielleicht meinen, dass dogmatische Gegensätze allmählich ihr Gewicht verloren hätten. Diese Meinung können wir heute nicht mehr vertreten.

Die Unterschiede und die Folgerungen, die sich daraus ergeben, unterstehen der Regelung der Kirchen selbst und niemandem sonst. Man würde die CDU doch wohl gänzlich missverstehen, wenn man glaubte, dass sie einen Ruf dazu hätte, das Verhältnis der Konfessionen zueinander zu regeln. Mir ist auch nie ein Versuch dieser Art aus den Reihen der CDU begegnet. Wir alle, die wir ein kirchliches Amt haben, müssen mit Leidenschaft darüber wachen, dass keine politische Macht diesen Versuch unternimmt.

Mit dem gleichen Ernst müssen wir uns auch dagegen wenden, wenn aus politischen Gründen versucht wird, einen Keil zwischen die Konfessionen zu treiben. Unter der Wirkung solcher Versuche stehen wir aber in steigendem Masse seit 1945. Erst kürzlich hat Dr. Arndt in der "Jungen Stimme" die Dinge so dargestellt, als ob in Europa eine katholisch-konservative Kräftegruppe einer evangelisch-sozialistischen Kräftegruppe gegenüberstünde. Damit hat er ausgesprochen, was auf seiten der SPD in geschickter, aber unmissverständlicher Weise - jetzt gerade vor der Wahl - versucht wird: Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob die SPD die evangelische Partei wäre

Der sozialistische Gedanke ist aber weder ein eigentlich evangelischer Gedanke, noch ist die SPD Gevatter der evangelischen Kirche. Wer auch immer mit Gedanken dieser Art spielt, spielt mit dem Feuer. Er treibt geradenwegs auf Zustände zu, wo die unter uns herrschenden politischen Gegensätze konfessionell verbrämt und verschärft werden. Parteipolitik und Konfessionspolitik drohen ein und dasselbe zu werden. Gibt es wirklich einen Politiker, der das wünschen kann? Und gibt es wirklich einen evangelischen Kirchenmann, der es wünschen könnte, wenn alle Hypotheken der SPD von der evangelischen Kirche verzinst werden müssten?! Es ist unerlässlich, dass frühzeitig evangelische Männer aufstehen, die sich rechtzeitig weigern, an dieser Stelle den Zinsendienst zu übernehmen.

Die CDU hat unzweifelhaft das Verdienst, dass sie es wagt, sich zu einem allgemein christlichen Gut zu bekennen, welches die

Kirchen noch nicht einmal auszusprechen wagen. An dieser Stelle liegt die grosse Chance der CDU. Und sie hat keinerlei Ursache, sich an dieser Stelle schamhaft zu entschuldigen. Denn so gewiss unser Bekenntnis zum Bruder wahr sein muss, so sicher muss es auch klar sein, klar und unmissverständlich. Herr Arndt und alle seine Freunde müssen wissen, dass die gemeinsame Taufe und die gemeinsame Bibel unendlich viel mehr sind, als alles, was irgend jemand sonst uns bieten könnte."

Propst D. Asmussen D.D., Kiel
